

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Stefan Berger (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Generaldebatte) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Abschiebehauptstadt statt Zuwanderungshauptstadt

Der von der ÖVP geforderte Imagewechsel Wiens von der „Zuwanderungshauptstadt“ zur „Integrationshauptstadt“ ist nicht die Lösung der Probleme in Wien. Die Zuwanderung ins Wiener Sozialsystem und die besorgniserregenden demografischen Entwicklungen in Wien lassen sich nicht lösen, indem unter dem Titel „Integrationshauptstadt“ eine Willkommenspolitik in die ganze Welt ausgestrahlt wird. Das Image „Integrationshauptstadt“ wäre ein weiterer Pull-Faktor für Massenmigration nach Wien.

Vielmehr benötigt es klare Signale, dass Wien seine Kapazitäten zur Aufnahme von Personen, die aus völlig anderen Kulturreihen stammen nicht nur erschöpft, sondern bereits deutlich überschritten hat.

Neben der Streichung von diversen Sozialleistungen für Asylanten, subsidiär Schutzberechtigten und für andere Drittstaatsangehörige braucht es dazu auch eine aktive Abschiebepolitik.

Hierzu wäre es notwendig, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres regelmäßig überprüfen, ob die Asylgründe von asylberechtigten Personen noch vorhanden sind und in weiterer Folge proaktiv Abschiebungen voranzutreiben. Ebenso muss die Möglichkeit einer Abschiebung bei allen anderen Nichtstaatsbürgern überprüft werden, wenn diese in der vielzitierten sozialen Hängematte ihren Lebensalltag bestreiten.

Schnelle und effiziente Abschiebungen sollten zur Regel und nicht zur Ausnahme werden. Diese Abschiebungen müssen zudem öffentlich kommuniziert werden, um Wien das Image der „Abschiebehauptstadt“ zu verleihen und damit das Signal auszusenden, dass Wien für Zuwanderer ins Sozialsystem keinen Platz bietet.

Der Budgetdienst beziffert die finanzielle Belastung durch illegale Einwanderer allein für das Jahr 2022 mit sagenhaften 1,9 Milliarden Euro. 2019 beliefen sich die Ausgaben noch auf 1,5 Milliarden, und dieses Jahr explodieren sie gar auf 2,6

Milliarden.

43 748-Asylanträge wurden von Jänner bis September 23 in Österreich gestellt.

Damit wird Ende des Jahres nach 2015 und 2022 der dritthöchste Wert an Asylanträgen zu Buche stehen, und jeder einzelne der Asyl Touristen wird das Budget weiter belasten.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass ein Imagewechsel Wiens von der „Zuwanderungshauptstadt“ zu der „Abschiebehauptstadt“ vollzogen wird.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

